BUND

Verbindliche Umsetzung der Wärmepläne gefordert

[09.11.2026] Der BUND hat die kommunalen Wärmepläne von 73 deutschen Großstädten ausgewertet: Wärmenetze und Wärmepumpen sollen künftig den Großteil des Wärmebedarfs decken. Zugleich bemängelt der Verband fehlende Angaben zu Finanzierung, Zeitplänen und dem Ausstieg aus den Gasverteilnetzen.

Deutschlands Großstädte setzen in ihren kommunalen Wärmeplänen vor allem auf Wärmenetze und Wärmepumpen. Das zeigt eine Auswertung von 73 Wärmeplänen, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf Basis von Daten des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) veröffentlicht hat. Den ausgewerteten Zielszenarien zufolge sollen Wärmenetze künftig 45 Prozent und Wärmepumpen 39 Prozent des Wärmebedarfs decken. Für diesen Vergleich der künftigen Energiebilanzen konnten die Daten von 71 Städten berücksichtigt werden.

Der Einsatz gasförmiger Energieträger in Gebäudeheizungen und teilweise in der Industrie soll den Plänen zufolge um 92 Prozent sinken. Dezentral genutztes Biogas oder Biomethan deckt in den Zielszenarien lediglich 1,4 Prozent des künftigen Wärmebedarfs. Wasserstoff kommt auf etwa drei Prozent und ist fast ausschließlich für industrielle Anwendungen vorgesehen.

Derzeit deckt fossiles Erdgas in dezentralen Heizungsanlagen laut Auswertung durchschnittlich mehr als 60 Prozent des Endenergiebedarfs der Wärmeversorgung in den betrachteten Städten. Zugleich sehen die Wärmepläne vor, den Wärmebedarf etwa durch energetische Sanierungen um rund 22 Prozent zu senken. Dafür setzen die Städte nach Angaben des BUND oftmals deutlich höhere Gebäudesanierungsraten an.

Trotz des geplanten Rückgangs dezentraler Gasheizungen hat bislang nur etwa ein Drittel der Großstädte Stilllegungsabsichten für Gasverteilnetze kommuniziert, berichtet der Verband. Rund die Hälfte weise zudem auffallend große Teile ihrer Stadtfläche als Prüfgebiete aus, ohne die künftige Wärmeversorgung festzulegen. Für die Bevölkerung könne dadurch über Jahre unklar bleiben, ob im eigenen Quartier ein Wärmenetz zur Verfügung stehen wird. Auch Angaben zu Finanzierung, Zeitplänen und Zuständigkeiten seien mitunter zu vage.

Der BUND fordert die Kommunen deshalb auf, ihre Planungen zu konkretisieren und den Gasausstieg vor Ort voranzutreiben. Ohne einen geordneten Ausstieg aus den Gasnetzen drohten aus Sicht des Verbands teure Doppelstrukturen und steigende Kosten für Verbraucher. Von der Bundesregierung verlangt der BUND, die Umsetzung der Wärmepläne gesetzlich verbindlich zu verankern. Bislang seien diese strategische Instrumente, deren Umsetzung rechtlich nicht vorgeschrieben sei.

Zugleich kritisiert der Umweltverband die Bundespolitik. Die von ihm beanstandete Möglichkeit zum Einbau neuer Gasheizungen und die geplante Grüngasquote stünden im Widerspruch zu den kommunalen Zielszenarien. Der BUND fordert stattdessen, erneuerbare Wärmelösungen wie die Wärmepumpe konsequent zu fördern.

Die Auswertung umfasst die Wärmepläne, die bis Ende Juni 2026 durch das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende veröffentlicht wurden. Damit berücksichtigt sie 73 der 80 deutschen Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern. In diesen Städten leben insgesamt rund 24,3 Millionen Menschen.

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der dezentralen Wärmeversorgung. Daten zur Dekarbonisierung der Wärmenetze lagen laut BUND nur für einen kleinen Teil der Stichprobe vor. Auch für die Fernwärmeerzeugung werde derzeit noch viel Erdgas eingesetzt.

(th)

Stichwörter: Wärmeversorgung, Bund, kommunale Wärmeplanung